

**Auszug aus der Niederschrift
über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 22.04.2021**

Zu TOP : 12.1

**Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2021 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0015/2021**

Nachdem Frau Bartel unter TOP 2 den Antrag AN 0061/2021 bereits zurückgezogen hat, erläutert sie die verbliebenen Änderungsanträge der Fraktion SPD. Die Fraktionsvorsitzende der SPD teilt mit, dass zur Deckung die eingeplanten Mittel zur Einführung eines kostenlosen Senientickets verwendet werden sollen. Sie geht davon aus, dass die Einführung in diesem Jahr nicht erfolgt bzw. die eingeplanten Mittel nicht in vollem Umfang benötigt werden, so dass die drei Änderungsanträge der SPD über diese Haushaltsstelle gedeckt sind.

AN 0063/2021 - Schaffung der Stelle eines Radverkehrsplaners/einer Radverkehrsplanerin
(Einreicherin: Fraktion SPD)

Die Fraktion SPD ist der Auffassung, dass das Defizit im Bereich Radverkehr nur durch eine grundlegende fachliche Analyse erreicht werden kann. Dies kann von den Beschäftigten im Amt für Planung und Bau in der erforderlichen Intensität nicht geleistet werden.

Frau Kümpers erläutert den Änderungsantrag AN 0071/2021 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI. Die Thematik wird grundsätzlich unterstützt, jedoch als Koordinierungsstelle.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Zabel zum Unterschied führt Frau Kümpers aus, dass der Aufgabenbereich einer Koordinierungsstelle nicht nur die Planung, sondern auch die Umsetzung, Begleitung und Kontrolle von Projekten umfasst, somit weiterführender ist als ein Radverkehrsplaner oder eine Radverkehrsplanerin.

Der Präsident lässt zunächst über den Änderungsantrag AN 0071/2021 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Im Stellenplan 2021 wird eine Koordinierungsstelle für Radverkehrsplanung eingeplant. Im Haushaltsplan werden die dafür erforderlichen Mittel eingestellt.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Nachfolgend stellt Herr Paul den Antrag AN 0063 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Im Stellenplan 2021 wird die Stelle eines Radverkehrsplaners/einer Radverkehrsplanerin eingeplant. Im Haushaltsplan 2021 werden die dafür erforderlichen Mittel eingesetzt.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

AN 0062/2021 - Einstellung von 25.000 Euro für die Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag (Einreicherin: Fraktion SPD)

Frau Bartel berichtet, dass die Hansestadt Stralsund bundesweit die einzige Kommune in der Größenordnung ist, die nicht im Deutschen Städtetag vertreten ist. Sie verweist auf die fachliche Expertise des Deutschen Städtetages, die in der heutigen Zeit nicht verzichtbar ist.

Für die Fraktion DIE LINKE erklärt Herr Lange die Unterstützung für den Antrag. Die Hansestadt Stralsund könnte von der guten Verbindung des Deutschen Städtetages zur Bundesregierung und zur Europäischen Union partizipieren.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag AN 0062/2021 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Im Haushalt 2021 wird ein Betrag von 25.000 Euro als Mitgliedschaftsbeitrag beim Deutschen Städtetag eingestellt.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

AN 0065/2021 - Einrichtung eines Livestreams der Bürgerschaftssitzungen und Bereitstellung der dafür erforderlichen Haushaltsmittel im Haushalt 2021 (Einreicherin: Fraktion SPD)

Frau Bartel erinnert an einen Prüfantrag der Bürgerschaft. Im Ergebnis hat die Verwaltung die Modalitäten geprüft und als grundsätzlich möglich eingeschätzt.

Herr Dr. Zabel begründet den Ergänzungsantrag AN 0076/2021 der Fraktion CDU/FDP zum Antrag AN 0065/2021. Demnach werden auch die Ausschreibungskriterien festgelegt und es wird eine Deckungsquelle benannt.

Frau Kümpers meint, dass es selbstverständlich ist, dass die in dem Ergänzungsantrag genannten Kriterien erfüllt sein müssen. Sie erkundigt sich, wann letztlich ein Livestream erfolgen kann.

Herr Dr. Zabel geht nicht von einer langen Zeitschiene aus. Er stellt jedoch klar, dass die Vergabe in einem geordneten Verfahren erfolgen muss.

Auf Nachfrage von Herrn Kühnel erläutert Herr Dr. Zabel, dass die im Ergänzungsantrag genannten Kriterien, z.B. Barrierefreiheit, Ausstattung etc., erfüllt werden müssen.

Auf wiederholte Nachfrage von Frau Kümpers meint Herr Dr. Zabel, dass die Entscheidung über die Vergabe ggf. auch durch den Hauptausschuss erfolgen kann.

Herr Haack konkretisiert, dass die Leistung ausgeschrieben werden muss, anschließend erfolgt die Beratung in den Fachausschüssen und entsprechend der Wertgrenze wird die Beschlussvorlage der Bürgerschaft oder dem Hauptausschuss zur Entscheidung vorgelegt.

Herr Paul stellt den Ergänzungsantrag AN 0076/2021 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird ein Livestream der Bürgerschaftssitzungen eingerichtet.

Hierbei ist der Qualität der Liveübertragung eine besondere Rolle beizumessen. Nach erfolgter Prüfung teilte die Verwaltung in ihrem Schreiben vom 25. Februar 2021 mit, dass die Aufgabe an einen Dritten übertragen werden muss. Somit sollten die von der Verwaltung definierten Kriterien:

- Leistung
- Barrierefreiheit/-armut
- Ausstattung
- Art des Angebots

für das Ausschreibungsverfahren zugrunde gelegt werden.

Eine entsprechende Vorlage ist der Bürgerschaft von der Verwaltung vorzulegen.

Zur finanziellen Deckung werden aus dem Teilhaushalt 02 Zentrale Dienste, Produkt 11.2.01 Personalverwaltung, Sachkonto 56120000 Aufwendungen für Aus- und Fortbildung 13.000,-Euro zur Verfügung gestellt.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2021-VII-03-0486

Nachfolgend stimmen die Bürgerschaftsmitglieder über den Antrag AN 0065/2021 einschließlich der Ergänzung ab:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt einschließlich des Beschlusses 2021-VII-03-0486:

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird ein Livestream der Bürgerschaftssitzungen eingerichtet. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel werden im Haushalt 2021 bereitgestellt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen
2021-VII-03-0487

AN 0078/2021 - Änderungsantrag zum TOP 12.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2021 Vorlage: B 0015/2021 (Jugend- und Sportkoordinator, Einreicherin: Fraktion DIE LINKE))

Auf Nachfrage von Frau Kindler zur genauen Bedeutung erläutert Herr Quintana Schmidt, dass der Aufgabenbereich der Koordination nicht nur auf den Sport begrenzt ist, sondern auch auf die Jugend, u.a. im Rahmen der Stadtteilarbeit. Durch den Antrag entstehen keine Mehrkosten, es wird lediglich der Fokus stärker auf die Jugendarbeit gelegt.

Der Präsident der Bürgerschaft stellt den Antrag AN 0078/2021 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Im Stellenplan wird im Amt 70 die
Stellenkennung 7096200 Sportkoordinator

geändert in:

Jugend- und Sportkoordinator.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2021-VII-03-0488

AN 0079/2021 - Änderungsantrag zu TOP 12.1 Planungsleistungen Küstenradweg im Abschnitt zwischen Devin und Andershof (Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI)

Herr Dr. von Bosse begründet den Änderungsantrag.

Herr Paul lässt die Bürgerschaftsmitglieder über den Änderungsantrag AN 0079/2021 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Für die Verbesserung bzw. die alternative Streckenführung des Küstenradwanderweges zwischen Andershof und Devin werden Mittel in Höhe von 35.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

AN 0080/2021 - Änderungsantrag zu TOP 12.1 Konzept Verbesserung Radwegenetz Altstadt (Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI)

Herr Dr. von Bosse erläutert den Antrag. Es soll ein Planungsbüro beauftragt werden, um ein Konzept für die Altstadt zur Verbesserung des Radwegenetzes zu erstellen.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, stellt der Präsident den Antrag AN 0080/2021 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Haushalt wird eine Summe in Höhe von 50.000 Euro für ein Maßnahmenkonzept zur Verbesserung des Radverkehrs in der Stralsunder Altstadt eingestellt.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

AN 0081/2021 - Änderungsantrag zu TOP 12.1 Aufsuchende Jugendarbeit (Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI)

Frau Kümpers erläutert den Änderungsantrag. Zur Förderung der präventiven Arbeit soll der Kommunale Ordnungsdienst ergänzt werden.

Frau von Allwörden erinnert an die geführten Diskussionen im Rahmen der Einführung des Kommunalen Ordnungsdienstes. Sie stellt klar, dass durch den KOD Pflichtaufgaben wahrgenommen werden sollen, während es sich bei der Jugendarbeit um eine freiwillige Leistung handelt, der die Hansestadt Stralsund aus ihrer Sicht ausführlich nachkommt. Zunächst ist es Aufgabe der Hansestadt Stralsund, die pflichtigen Aufgaben zu erfüllen, zumal die Jugendarbeit eigentlich zum Aufgabenbereich des Landkreises gehört. Frau von Allwörden merkt zudem an, dass der KOD nicht in dem Maße ausgestattet ist, um diese zusätzliche Aufgabe wahrzunehmen. Die Fraktion CDU/FDP wird den Antrag ablehnen.

Für die Fraktion DIE LINKE führt Herr Buxbaum aus, dass die Intention des Antrages nachvollzogen wird. Jedoch gibt es hinsichtlich der angeführten Deckungsquelle Bedenken. Seine Fraktion wird den Antrag daher ablehnen.

Der Präsident lässt über den Antrag AN 0081/2021 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Haushalt wird die Finanzierung einer weiteren zusätzlichen Stelle für die aufsuchende Jugendarbeit aufgenommen. Die finanzielle Kompensation erfolgt durch die Reduzierung einer Stelle im Bereich des kommunalen Ordnungsdienstes.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

AN 0082/2021 - Änderungsantrag zu TOP 12.1 Öffentlicher Personennahverkehr
(Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI)

Frau Kindler erläutert den vorliegenden Änderungsantrag zum Haushalt 2021. Die Zuschüsse für den ÖPNV werden grundsätzlich befürwortet, jedoch sollte andere Schwerpunkte gesetzt werden, u.a. Verdichtung des Angebotes oder veränderte Preisgestaltung im Interesse sozialschwächerer Bürgerinnen und Bürger.

Herr Dr. Zabel stimmt zu, dass es im ÖPNV Änderungsbedarf gibt, er hält den Antrag jedoch nicht für geeignet und verweist aber auf die Verantwortung und die Diskussionen im Mobilitätsausschuss des Kreistages. Die Fraktion CDU/FDP wird den Antrag ablehnen.

Frau Bartel kündigt für die Fraktion SPD an, den Antrag ebenfalls abzulehnen. Gleichwohl werden Bedarfe zur Veränderung des ÖPNV gesehen.

Frau Kindler ergänzt, dass zunächst eine Debatte zur Verbesserung der Qualität des ÖPNV geführt werden sollte, bevor erhebliche finanzielle Mittel eingesetzt werden.

Nach Auffassung von Herrn Dr. Zabel ist es legitim, schrittweise Konzepte zur Verbesserung des ÖPNV umzusetzen. Es sei nicht zielführend, eine lange Debatte zu führen, bevor erforderliche Veränderungen tatsächlich eintreten.

Herr Paul stellt den Antrag AN 0082/2021 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die im Haushaltsentwurf definierte Orientierung zu den Zuschüssen für den ÖPNV (Seniorenticket) wird dahingehend verändert, dass die geplanten Zuschüsse auch dafür eingesetzt werden, die Qualität des ÖPNV-Angebots deutlich zu verbessern (z.B. dichtere Taktung, bessere Angebote in den Abendstunden, etc.), Maßnahmen zu definieren, die auf eine reduzierte Preisgestaltung für die Zielgruppe einkommensschwächerer Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet sind oder andere sinnvolle Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV-Angebots umgesetzt werden können.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

AN 0083/2021 - Änderungsantrag zum TOP 12.1 Sanierung und Ausbau von Radwegen auf der Grundlage des Radwegekonzeptes (Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI)

Herr Dr. von Bosse stellt fest, dass das Radwegenetz in der Hansestadt Stralsund nicht zufriedenstellend ist. Er wirbt um Zustimmung für den Antrag.

Der Präsident stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt und stellt den Antrag wie folgt zu Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Für die Sanierung und den Ausbau von Radwegen (Maßnahme 09-6060-0033) werden zusätzlich Mittel in Höhe von 200.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

AN 0072/2021 (Schwimmhalle), AN 0077/2021 (Seniorenticket), AN 0074/2021 (Sportbund) und AN 0075/2021 (Haus des Sports) – Änderungsanträge zur Vorlage B 0015/2021 (Einreicherin: Fraktion Bürger für Stralsund)

Einleitend dankt Herr Haack im Namen der Bürgerschaft der Verwaltung für die Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltes 2021. In Anbetracht der Corona-Pandemie sowie der bevorstehenden Bundestags- und Landtagswahlen steht die Hansestadt Stralsund vor einer gewissen Unsicherheit, da nicht absehbar ist, welche Konsequenzen diese auf den Haushalt haben.

Die beabsichtigte Neuverschuldung hält er im Interesse der beabsichtigten Investitionen in Bildung und Schulen für begründet. In dem Kontext zeigt sich Herr Haack dankbar, dass die Bürgerschaft sich geschlossen für diese Themenbereiche einsetzt.

Zum Antrag AN 0072/2021 führt Herr Haack aus, dass die Kapazitäten der Schwimmhalle im HanseDom nicht ausreichend sind, um die bestehenden Bedarfe des Freizeit- und Vereinssports zu befriedigen.

Herr Haack begründet den Antrag AN 0077/2021. Den Ansatz der befristeten Einführung eines Seniorentickets begrüßt die Fraktion Bürger für Stralsund, um die Wirksamkeit im Anschluss entsprechend zu evaluieren. Der Zuschuss seitens der Hansestadt Stralsund sollte jedoch auf 1 Mio. € begrenzt und eine Ausweitung des Angebots auf die Inhaber der Ehrenamtskarte M-V geprüft werden.

Zur Begründung des Antrages AN 0074/2021 führt Herr Haack die coronabedingten Beschränkungen für das öffentliche Leben an, die auch Auswirkungen auf die Sportvereine der Stadt haben. Er wirbt dafür, den Antrag zu unterstützen und erinnert an die in den Vereinen geleistete Präventionsarbeit.

Zum „Haus des Sports“, Antrag AN 0075/2021, teilt Herr Haack mit, dass die Bürgerschaft sich geschlossen dafür eingesetzt hat. Trotz erforderlicher baulicher Maßnahmen und einer Erstausrüstung ist die entsprechende Haushaltsstelle nicht mehr existent.

Aus Sicht von Herrn Buxbaum kann dem Antrag AN 0072/2021 nicht zugestimmt werden, da die Planungsleistungen für das Schwimmbad den Haushalt 2022 berühren.

Herr Haack entgegnet, dass die Einordnung aufgrund der fortlaufenden Finanzplanung legitim ist.

Herr Dr. Zabel nimmt zu den Anträgen der Fraktion Bürger für Stralsund für die Fraktion CDU/FDP Stellung.

Hinsichtlich des Antrages AN 0077/2021 begrüßt seine Fraktion, dass dem Grundanliegen gefolgt wird. Eine mögliche Ausweitung des Angebotes auf die Inhaber der Ehrenamtskarte M-V wird positiv beurteilt.

Den Einsatz der reduzierten Mittel in Höhe von 145 T € für den Sport und die Stralsunder Vereine hält die Fraktion CDU/FDP für nachvollziehbar, da der Argumentation der in den Vereinen geleisteten Kinder-, Jugend- und Präventionsarbeit gefolgt wird. Demnach wird seine Fraktion den Anträgen AN 0074/2021 und AN 0075/2021 zustimmen.

Zu den Planungskosten für den Neubau einer Schwimmhalle führt Herr Dr. Zabel aus, dass die Thematik bereits ausgiebig diskutiert wurde. Die grundsätzliche Zielrichtung des Antrags wird begrüßt.

Auf Nachfrage von Herrn Buxbaum zur Einordnung der Planungskosten für den Neubau einer Schwimmhalle erläutert Frau Steinfurt, dass diese als Absichtserklärung in der Jahresscheibe 2022 als „Platzhalter“ eingeordnet würden. Sie stellt klar, dass dadurch für das Haushaltsjahr 2021 noch keine finanziellen Auswirkungen entstehen. Die konkreten Kosten würden in der Haushaltsplanung 2022 ff. ermittelt.

Herr Quintana Schmidt erklärt für die Fraktion DIE LINKE, die Anträge zu unterstützen.

Frau Kindler begrüßt die Initiative bezüglich des Neubaus einer Schwimmhalle.

Frau Kümpers erkundigt sich, ob es bereits konkrete Ideen zum Einsatz der 100 T € für den Sportbund (AN 0074/2021) gibt.

Herr Haack erläutert, dass die Mittel durch den Sportbund für die Stralsunder Sportlerinnen und Sportler ausgegeben werden.

Für die Fraktion AfD erklärt Herr Kühnel die Zustimmung zu den Änderungsanträgen der Fraktion Bürger für Stralsund.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und stellt die Anträge wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

In den Haushaltplan 2022 und folgende wird ein Sachkonto „Planungskosten für den Neubau einer Schwimmhalle“ eingerichtet.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen
2021-VII-03-0489

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Der Zuschuss für das Projekt Seniorenticket wird im Haushaltsjahr 2021 auf 1.000.000 Euro begrenzt.
2. Es ist in dieser Phase ebenfalls zu prüfen, ob eine Ausweitung des Angebotes für die Inhaber der Ehrenamtskarte MV möglich ist.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2021-VII-03-0490

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Im Haushaltsplan 2021 wird das Sachkonto „Festbetragsfinanzierung Sportbund“ im TH 10 in Höhe von 100.000 Euro erhöht.

Deckungsquelle ist der gekürzte Zuschuss des Projektes Seniorenticket im TH 15 in gleicher Höhe.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen
2021-VII-03-0491

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Im Haushaltsplan 2021 wird im TH 10 Produkt 42.4.01 das Sachkonto „Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude“ um 45.000 Euro erhöht für die „Gebäudeunterhaltung Haus des Sports“.

Deckungsquelle ist der gekürzte Zuschuss des Projektes Seniorenticket im TH 15 in gleicher Höhe.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen
2021-VII-03-0492

Abschließend lässt Herr Paul über die Vorlage B 0015/2021 einschließlich der zuvor gefassten Beschlüsse abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt einschließlich der Beschlüsse 2021-VII-03-0486, 2021-VII-03-0487, 2021-VII-03-0488, 2021-VII-03-0489, 2021-VII-03-0490, 2021-VII-03-0491 und 2021-VII-03-0492:

- die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2021 des Städtebaulichen Sondervermögens der Hansestadt Stralsund / Altstadtinsel
- die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2021 des Städtebaulichen Sondervermögens der Hansestadt Stralsund / Grünhufe
- die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2021 des Städtebaulichen Sondervermögens der Hansestadt Stralsund / Knieper West
- die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2021 des Städtebaulichen Sondervermögens der Hansestadt Stralsund / Kleiner Wiesenweg
- die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2021 des Städtebaulichen Sondervermögens der Hansestadt Stralsund / Tribseer Vorstadt
- die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2021 der Hansestadt Stralsund

Abstimmung: 31 Zustimmungen 1 Gegenstimme 5 Stimmenthaltungen

2021-VII-03-0493

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 11.05.2021